

Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 19:55 Uhr

Sitzung-Nr: 08/gr/032/2019
 WP.: 2014/2019

NIEDERSCHRIFT

über die am 20.03.2019 in der Ramburghalle, Hauptstraße 20, 76857 Ramberg stattgefundene 32. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Ramberg

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 14.03.2019 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)
 Alle Ratsmitglieder wurden am 08.03.2019 schriftlich eingeladen.
 Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 17
 Zahl der Beigeordneten: 2, stimmberechtigte Beigeordnete: 2

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Ortsbürgermeister

Jürgen Munz	
-------------	--

Erster Beigeordneter und Ratsmitglied

Norbert Claßen	
----------------	--

Beigeordnete

Thomas Dietrich	
-----------------	--

Günther Andt	
--------------	--

Ratsmitglieder

Judith Engel	
--------------	--

Marco Engel	
-------------	--

Andre Erdle	
-------------	--

Rudi Erdle	
------------	--

Hans-Dieter Klein	
-------------------	--

Thomas Munz	
-------------	--

Sigrid Baumgarten-Figer	
-------------------------	--

Bettina Hettinger	
-------------------	--

Jürgen Klos	
-------------	--

Schriftführer

Thomas Bretz	
--------------	--

Ferner sind anwesend

Pressevertreter	Herr Sommer, Rheinpfalz ab 20:00 Uhr, öffentlicher Teil der Sitzung
-----------------	---

Abwesend:

Ratsmitglieder

Gerhard Hög	entschuldigt
-------------	--------------

Tagesordnung:
A. Öffentlicher Teil

- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Beschlussfassung Entlastung/Nichtentlastung Jahresrechnung 2013
- 8 Auftragsvergaben
- 8.1 Auftragsvergaben
Vorlage: 08/096/IV/201/2019
- 8.2 Auftragsvergabe
Vorlage: 08/094/IV/198/2019
- 8.3 weitere Auftragsvergaben
- 9 Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise in Sachen Ausweisung eines Baugebietes in der "Ohlsbach"
- 10 Antrag der Liste Freier Wähler "Frauen" und Liste Freier Wähler "Männer" Ramberg/
Bebauungsplan und Gestaltungssatzung "Marktweg-Ohlsbach"
- 11 Bauangelegenheiten
- 12 Informationen des Ortsbürgermeisters

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine erhoben. Anträge zur Tagesordnung wurden keine gestellt.

6 Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der Einwohner wurde eine Frage zum Sachstand des Breitbandausbaus gestellt, die von Ortsbürgermeister Jürgen Munz beantwortet werden konnte.

In diesem Zusammenhang informierte der Vorsitzende noch über folgenden Sachverhalt:

Die Telefongesellschaft Telefonica, welche die Netze O2 und Eplus betreibt, beabsichtigt, den bestehenden Mobilfunkstandort auf dem Schloßberg, um eine LTE Sendeanlage zu erweitern.

7 Beschlussfassung Entlastung/Nichtentlastung Jahresrechnung 2013

Der Vorsitzende informierte die Anwesenden darüber, dass er Anfang dieses Jahres, also 2019, eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht erhalten habe, nachdem der Ortsgemeinderat in seiner Sitzung am 29.11.2017 keine Entlastung der Jahresrechnung 2013 erteilt hatte. Darin wird der Ortsgemeinderat aufgefordert, anhand dieser Stellungnahme, erneut über die Entlastung der Jahresrechnung zu beschließen.

Da es hier evtl. um schutzwürdige Interessen einzelner, bzw. um Gründe des Gemeinwohls geht, habe er vor der Behandlung im öffentlichen Teil eine Vorberatung im nichtöffentlichen Teil auf die Tagesordnung genommen.

Anschließend wurde jeder beanstandete Punkt der Rechnungsprüfung 2013 mit den jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung, Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses sowie Stellungnahmen der Kommunalaufsicht einzeln vorgetragen und erörtert.

Zu jedem einzelnen Punkt wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- 1. PSK 11100.5238, Beleg-Nr. 1

Für den Kauf eines Druckers wurden 129,00 € an den Verein zur Pflege und Förderung der Jugend- und Seniorenarbeit ausgezahlt. Lt. Feststellung der Kommunalaufsicht wurde der Drucker zu einem angemessenen Restwert an den damaligen Ortsbürgermeister veräußert.

Der Gemeinderat sieht einen Verstoß gegen § 79 der GemO. Da der Schaden in diesem Fall aber eher gering ist, schlägt Ortsbürgermeister Munz dem Gemeinderat vor, diesen Punkt nicht weiter beanstanden.

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat einstimmig bei 2 Enthaltungen zu

Punkt 2 war bereits geklärt.

Punkt 3. PSK 11400.5625, Beleg-Nr. 1

An einen Rechtsanwalt wurde ein Betrag in Höhe von 315,00 € ausgezahlt.

Vorschlag Munz bzw. Stellungnahme Gemeinderat:

Die Rechtsanwaltskosten sind nicht nur durch die Frage bezüglich der Besetzung von Ausschüssen entstanden, sondern in erster Linie durch ein Schreiben des Rechtsanwalts welches sich auf eine mehrere Punkte bezog (Ausschussbesetzung, Pergola, Aussagen Volkstrauertag 2010). Wenn ein Ortsbürgermeister zu all diesen Punkten einen Rechtsanwalt beauftragen darf, verzichtet der Gemeinderat auf eine weitere Beanstandung.

Diesem Vorschlag bzw. dieser Stellungnahme stimmte der Gemeinderat mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Punkt 4. PSK 25201.091, Beleg-Nr. 6

Ein Verein erhielt für die Planung und Einrichtungsbetreuung der Ramberger Burgenwelt einen Pauschalbetrag in Höhe von 4.000,00 €

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses. „Der damalige Ortsbürgermeister, war zu diesem Zeitpunkt Kassenwart dieses Vereines und somit befangen.“ Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

Punkt 5. PSK 25201.52313, Beleg-Nr. 6-8

Für Reinigungsarbeiten im Zusammenhang mit der Ramberger Burgenwelt erhielt ein Verein 1.150,00 €.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Der damalige Ortsbürgermeister, war zu diesem Zeitpunkt Kassenwart dieses Vereines und somit befangen.“ Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Punkt 6. PSK 28100.5419. Beleg-Nr. 1

Zuschuss an einen Verein in Höhe von 4.000,00 €.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Beanstandung

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat einstimmig bei einer Enthaltung zu.

Punkt 7. PSK 28100.5693. Beleg-Nr. 25

An einen Kostümverleih wurden insgesamt 480,00 € anlässlich der 850-Jahr-Feier verausgabt. Die Auszahlung erfolgte mit 80,00 € für die Ausleihung von Kostümen und mit 400,00 € für die Herstellung eines Kostümes „Ritter von Ramberg“.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Beanstandung

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Ratsmitglied Baumgarten-Figer hatte wegen eines Telefonats an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Punkt 8. PSK 28100.5693. Beleg-Nr. 28

Für die Hallennutzung anlässlich der 850-Jahr-Feier wurde an den Verein welcher zu der Zeit die Ramburghalle für die Gemeinde vermietet hat, ein Pauschalbetrag in Höhe von 1.000,00 € zzgl. 721,12 € für Verbrauch an Küchenbedarf verausgabt.

Diese Pauschalabrechnung entspricht nicht der Benutzungsordnung für die Ramburghalle.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Auch war hier der Ortsbürgermeister befangen, da er zugleich 1. Vorsitzender des Vereins war“.

Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Punkt 9. PSK 28100.5693, Beleg-Nr. 37

An einen Kostümverleih wurde für Kostümausleihungen für die Veranstaltung „Theaterherbst“ anlässlich der 850-Jahr-Feier eine Rechnung in Höhe von 350,00 € durch die Ortsgemeinde Ramberg beglichen. Der Ausschuss gibt an, dass Theaterveranstaltungen normalerweise durch einen Verein veranstaltet wurden.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Auch war hier der Ortsbürgermeister befangen, da er zugleich 1. Vorsitzender des Vereins war“.

Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Punkt10. PSK 28100.5693, Beleg-Nr. 41

Für die Lieferung von Präsenten anlässlich der 850-Jahr-Feier wurde an einen Verein ein Betrag in Höhe von 750,00 € verausgabt.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Ortsbürgermeister Schwarzmann war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des Vereins und somit zudem befangen“. Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

Punkt 11. PSK 36600.5238, Beleg-Nr. 1

An einen Verein erfolgte eine Auszahlung über 102,31 € für verschiedene Anschaffungen für das Jugendhaus.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Der damalige Ortsbürgermeister, war zu diesem Zeitpunkt Kassenwart dieses Vereines und somit befangen.“

Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Punkt 12. Der Rechnungsprüfungsausschuss bittet um Vorlage einer Aufstellung sämtlicher Auszahlungen in 2013 an einen Verein

Die gewünschte Aufstellung wurde vorgelegt

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Der damalige Ortsbürgermeister war zu diesem Zeitpunkt Kassenwart dieses Vereines und somit befangen.“

Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Punkt 13 war bereits erledigt

Punkt 14. PSK 54100.50221, Beleg-Nr. 1 ff. PSK 55300.50221, Beleg-Nr. 1 ff

Anhand der Bezeichnungen für die ausgezahlten Lohnkosten ist nicht zuzuordnen, wo die Arbeiten durchgeführt worden sind. Wo sind die Materialkosten zu diesen Arbeiten? Erfolgt für die Lohnzahlungen auch Sozialabgaben?

Der Gemeinderat wundert sich, dass die Kommunalaufsicht keine Anhaltspunkte sieht und stellt fest, dass ihm zu den „Schlosserarbeiten“ keine Materialrechnungen vorgelegt werden können. Da dies laut Kommunalaufsicht auch nicht üblich ist, schlägt Ortsbürgermeister Munz vor, auf weitere Beanstandungen zu verzichten.

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung zu.

Punkt 15. PSK 57311.5231. Beleg-Nr. 1

An einen Verein erfolgten Auszahlungen für einen Chrom-Waschtisch (129,00 €), einen Einhand-WT (78,85 €) und eine Einhand-WT-Batterie (77,25€).

Seitens der Verbandsgemeindeverwaltung wurde mitgeteilt, dass nach Aussage des damaligen Ortsbürgermeisters die Gegenstände im Dorfgemeinschaftshaus (Ramburghalle) eingebaut wurden.

Der Gemeinderat hat festgestellt, dass die genannten Gegenstände nicht in der Ramburghalle eingebaut und 2014 auch nicht übergeben wurden und wundert sich daher über die Feststellung der Kommunalaufsicht, dass sich die Gegenstände nach wie vor im Gemeindeeigentum befinden.

Vorschlag Ortsbürgermeister Munz:

Bevor der Gemeinderat hierzu weiter Stellung nimmt, hätte er gerne eine Stellungnahme der

Kommunalaufsicht bezüglich des Gemeinderatsbeschlusses „Der damalige Ortsbürgermeister war zu diesem Zeitpunkt Kassenwart dieses Vereines und somit befangen.“

Der Gemeinderat verweist auf §22 GemO Abs.1

Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

Punkt 16 war bereits erledigt

Punkt 17. PSK 55300.5231, Beleg-Nr. 3; PSK 55300.5236, Beleg-Nr. 1; PSK 55590.5233, Beleg-Nr. PSK 55590.5236, Beleg-Nr. 2, 3 und 6

Belege bzw. Tankquittungen für Diesel- und Superkraftstoff. Lt. Dieser Belege wurden teilweise größere Mengen an Kraftstoffen erworben.

Es wurde angegeben, dass rund 150 Liter Kraftstoff auf einmal transportiert wurden. Dies verwundert sehr, insbesondere auch in Hinsicht auf die Bestimmungen bei Gefahrentransporten.

Der Gemeinderat verzichtet auf Ratschlag der Kommunalaufsicht einstimmig bei 1 Enthaltung auf weitere Beanstandungen bezüglich dieser Rechnungsstellung.

Beschlussvorschlag des Vorsitzenden:

Der Ortsgemeinderat hat entsprechend seiner Beschlüsse und den Stellungnahmen der Kommunalaufsicht jeden beanstandeten Punkt der Rechnungsprüfung 2013 überprüft.

Der Ortsgemeinderat bittet die Kommunalaufsicht, entsprechend der Stellungnahmen bei den einzelnen Punkten, um weitere Erläuterung / Stellungnahme.

Der Beschluss erfolgte mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

8 Auftragsvergaben

8.1 Auftragsvergaben

Vorlage: 08/096/IV/201/2019

Aufgrund des Alters und der damit verbundenen Schwierigkeiten (Ausfall der Heizungsanlage, hoher Stromverbrauch usw.) hat die Ortsgemeinde Ramberg beschlossen, die Heizungsinstallation in der Ramburghalle zu erneuern.

Für diese Leistungen wurden Kosten ermittelt.

Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf ca. 35.000,00 € inkl. MwSt.

Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, den Bürgermeister der Ortsgemeinde Ramberg zu ermächtigen, die Leistungen für die Erneuerung der Heizungsanlage an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

8.2 Auftragsvergabe

Vorlage: 08/094/IV/198/2019

Der Ortsgemeinderat hat in den Sitzungen, vom 02.07.2018, TOP 4.1 und vom 22.08.2018, TOP 6.1, beschlossen, den Auftrag an die Fa. VSI GmbH zum Preis bis 7.512,48 € zu vergeben.

Bei weiteren Ortsbegehungen wurde festgestellt, dass die beauftragten Materialmengen nicht ausreichend sind.

Es wird empfohlen, den Auftrag bis zu einer Gesamtauftragssumme von 10.000 € zzgl. MwSt. zu erweitern.

Aus den Reihen des Gemeinderates kam der Vorschlag, die Gesamtsumme auf 13.000,00 € zzgl. MwSt. zu erhöhen.

Nach kurzer Beratung beschließt der Ortsgemeinderat einstimmig eine Auftragserweiterung bis zu der Gesamtsumme von 13.000 € zzgl. MwSt.

8.3 weitere Auftragsvergaben

Es stehen keine weiteren Auftragsvergaben zur Beratung an.

9 Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise in Sachen Ausweisung eines Baugebietes in der "Ohlsbach"

Der Vorsitzende informierte den Gemeinderat, sowie die Anwesenden, darüber, dass in der Sitzung vom 29.11.2017 einstimmig beschlossen wurde, das Planungsbüro Pröll-Miltner mit Konzepten für ein Gebiet im Ohlsbachtal zu beauftragen. Diesem einstimmigen Auftrag sei die Gemeindeführung nachgekommen.

Er präsentierte den Anwesenden eine Entwurfsskizze innerhalb des gültigen Flächennutzungsplanes für ein mögliches Neubaugebiet in der „Ohlsbach“, gleichzeitig wurden frühere Entwurfsskizzen gezeigt.

Nach eingehender Beratung stimmte der Gemeinderat mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen zu, dass die Gemeindeführung die Planungen für ein Baugebiet in der „Ohlsbach“, wie in der aktuellen Skizze dargestellt, weiter betreibt.

Ratsmitglied Marco Engel und Ratsmitglied Jürgen Klos waren gemäß §22 GemO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und nahmen im Zuhörerraum platz.

10 Antrag der Liste Freier Wähler "Frauen" und Liste Freier Wähler "Männer" Ramberg/ Bebauungsplan und Gestaltungssatzung "Marktweg-Ohlsbach"

Ratsmitglied Bettina Hettinger stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Diesem Antrag stimmte der Gemeinderat mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

11 Bauangelegenheiten

Es stehen derzeit keine Bauangelegenheiten zur Beratung an.

12 Informationen des Ortsbürgermeisters

Der Vorsitzende informierte über folgende Themen:

12.1 Besuch und Gratulation bei dem Ehrenbürger Ferdinand Schaller anlässlich dessen 95. Geburtstages.

12.2 Ehrung des Feuerwehrmitgliedes der Ramberger Ortswehr, Georg Dietrich, für seine 35-jährige Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr mit dem goldenen Feuerwehr-Ehrenzeichen.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Der Schriftführer